

STELLUNGNAHME DES ÖSFK ZUM IRAK-KRIEG

Die USA haben am Morgen des 20. März 2003 mit ihren Angriff begonnen. Das ÖSFK nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Der Angriff der USA gegen den Irak ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen das Gewaltverbot der UNO, da er ohne Zustimmung des Sicherheitsrates der UNO erfolgt ist.
2. Eine akute und unmittelbare Bedrohung durch den Irak hat es nicht gegeben. Der Irak hat weder einen Krieg gegen die USA vorbereitet, noch stellt er eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens dar.
3. Zielsetzung und Grundlage der UNO-Resolution 1441 war die Entwaffnung des Iraks, die durch die Waffeninspektoren der UNO erfolgreich in Angriff genommen wurde. Im Widerspruch dazu haben die USA die Kriegsgründe und die Zielsetzung ständig geändert und zuletzt die Beseitigung des Regimes Saddam Hussein, die Befreiung der Iraker und den Aufbau demokratischer Strukturen als Ziel ihres Krieges erklärt. Gleichzeitig haben sie erklärt, dass auch die Flucht Saddam Husseins an ihrem militärischen Angriff nichts ändern würde.

Die Beseitigung eines Regimes, das die Bevölkerung unterdrückt, ist wünschenswert, aber keine Rechtfertigung für einen Angriffskrieg ohne Mandat des Sicherheitsrates.

4. Niemand kann die humanitären, ökonomischen, ökologischen, kulturellen und menschenrechtlichen Folgen und Kosten dieses Krieges abschätzen, aber es wird viele Opfer in der Zivilbevölkerung, viele Flüchtlingsströme und ökologische Schäden geben, die sich auf die umliegende Region auswirken können. Der Terrorismus wird nicht abnehmen, sondern eher zunehmen. Hinzu kommt, dass es weder eine stabile Nachkriegsordnung noch eine das Land einigende Regierung in Sicht ist. Für diese Kriegsfolgen und Leiden dieses Krieges tragen nicht nur Saddam Hussein, sondern auch diejenigen die persönliche Verantwortung und Schuld, die diesen Krieg angeordnet haben.

5. Entgegen den vorgegebenen Kriegszielen besteht der Verdacht, dass es den USA in Wirklichkeit darum geht, nicht nur eine weltweite Kontrolle über das Öl zu erhalten, sondern dass es ihnen darum geht, die Ziele einer Welthegemonie der USA mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Dahinter stehen jene ehrgeizigen weltpolitischen Phantasien einer kleinen Gruppe, welche die USA-Führungsrolle in der Welt im Sinne eines revolutionären Konservatismus durchsetzen wollen, wie dies im "Project for an American Century" formuliert wurde. Hierdurch besteht die Gefahr, dass die Weltpolitik mit Blut geschrieben wird.
6. Es ist trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die USA von ihrer aggressiven Kriegspolitik abzuhalten. Dennoch ist es ein erfreuliches Zeichen, dass der Sicherheitsrat der UNO vor dem internationalen Faustrecht der USA nicht kapituliert hat, dass die EU am 30. Januar 2003 die USA dazu aufgefordert hat, keine unilateralen militärischen Maßnahmen gegen den Irak zu ergreifen und keinen völkerrechtswidrigen Präventivschlag zu unternehmen, dass die europäische Bevölkerung mit einer überwältigenden Mehrheit Stellung bezogen hat gegen einen Krieg gegen den Irak und eine neue internationale Friedensbewegung entstanden ist.
7. So fürchterlich dieser Krieg und seine Folgen sein werden, so gibt die politische Haltung vieler Regierungen die Hoffnung, dass sich der Sicherheitsrat auch in Zukunft nicht als Erfüllungsgehilfe der USA missbrauchen lassen wird und dass sich zwischen den USA und Europa Ansätze einer echten Partnerschaft entwickeln.
8. In diesem Augenblick steht jedoch im Vordergrund die Hoffnung, dass der Krieg nur kurz sein wird, dass die USA Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen und dass es trotz aller Gegensätze gelingen wird, mit humanitärer Unterstützung die Leiden der unschuldigen und unglücklichen Zivilbevölkerung zu mildern.

Wir appellieren daher an die Kriegsführenden beider Seiten, keine Massenvernichtungsmittel einzusetzen und die Bestimmungen der Menschenrechte zu respektieren. Wir appellieren aber auch an alle Beteiligten, die Maßnahmen, die zur Stabilisierung und zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen notwendig sind, unter der Schirmherrschaft der UNO durchzuführen.